Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Wirtschafts- und Umweltausschuss führte seine 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 12.07.2022 in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Ratssaal von 18:00 Uhr bis 20:25 Uhr durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Sabine Griebisch

Mitglied

Uwe Bruchmüller

Mirko Claus

Uwe Müller

Julia Roye

Kay-Uwe Ziegler

i. V. für Herrn Klaus-Dieter Kohlmann

Sachkundige Einwohner

Michael Baldamus

Klaus-Peter Krüger

Manfred Naumann

Mitarbeiter der Verwaltung

Stefan Hermann

Steve Bruder

Felix Drießen

Leiter Amt für Stadtentwicklung/Strukturwandel

Leiter Stab Wirtschaftsförderung

Leiter SB Stadtplanung/GIS

Gäste

Marion Schilling

Christian Henricke

Geschäftsstellenleiterin Regionale

Planungsgemeinschaft Anhalt-Dessau-Wittenberg

Fraktion SPD-Bündnisgrüne-FDP

abwesend:

Mitglied

Daniel Backes

Klaus-Dieter Kohlmann

Sachkundige Einwohner

Thomas Büße

Ingo Müller

René Vollmann

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 12.07.2022, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
2.1	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 07.06.2022	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Weiterführung Berichterstattung Zweckverband Goitzsche, Vorstellung Verwaltungsentwurf BE: Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel, Dagmar Zoschke (Stadtratsvorsitzende)	
5	Übersicht Arbeitsstand und Ausblick Klima- und Energiewendethemen im Bereich Stadtentwicklung und Energieeffizienz kommunaler Gebäude BE: Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel, Frau Marion Schilling (Geschäftsstellenleiterin Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Dessau-Wittenberg)	
6	Berichterstattung Sachstand Strukturwandelprojekte und weitere geplante Einreichungen BE: Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel	
7	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Die Ausschussvorsitzende, Frau Sabine Griebisch, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und 3 sachkundigen Einwohnern fest.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Frau Griebisch gibt bekannt, dass die Niederschrift der letzten Sitzung noch nicht zur Verfügung steht und schlägt deshalb vor, den TOP 3 von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und auf die nächste Sitzung zu vertagen. Alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte ordnen sich entsprechend neu. Da es keine weiteren Änderungsanträge gibt, lässt die Ausschussvorsitzende über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 2.1</p>	<p>Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 07.06.2022</p> <p style="text-align: right;">von der Tagesordnung genommen</p>	
<p>zu 3</p>	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es nehmen keine Einwohner an der Sitzung teil.</p>	
<p>zu 4</p>	<p>Weiterführung Berichterstattung Zweckverband Goitzsche, Vorstellung Verwaltungsentwurf BE: Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel, Dagmar Zoschke (Stadtratsvorsitzende)</p> <p>Herr Stefan Hermann, Leiter Amt für Stadtentwicklung/Strukturwandel, möchte an die Ausführungen von Frau Dagmar Zoschke, Stadtratsvorsitzende, aus der letzten Sitzung anknüpfen und informiert die Anwesenden darüber, dass in der letzten Woche eine Abstimmung mit dem Oberbürgermeister stattfand. Mit den dort getroffenen Festlegungen soll in etwa 14 Tagen der endgültige Entwurf erarbeitet werden und zur Diskussion vorliegen.</p> <p>Welche Änderungen vorgesehen sind, erklärt er ausführlich. Zum einen sagt er, dass der Verband in der neuen Satzung „Zweckverband Region Goitzscheseesee“ genannt werden soll. Andererseits gab es eine Diskussion, ob eine Präambel mit eingeführt werden soll. Auch diese wurde mit vorgeschlagen, um herauszuarbeiten, dass der Schwerpunkt grundsätzlich auf der öffentlichen Infrastruktur für Freizeit, Erholung und touristische Nutzung liegen soll. Darüber hinaus gab es die Empfehlung für die zukünftige Verbandsversammlung, eine paritätische Entsendung von Verbandsvertretern vorzusehen. Hier ist angedacht, dass von jeder Verbandskommune 3 Vertreter/3 Stimmen entsendet werden. Im nächsten Abschnitt geht er auf die vorgeschlagene zukünftige Finanzierung ein. Wie er äußert, wurde sich darauf verständigt, dass vorgeschlagen wird, dass für den Betrieb der Geschäftsstelle die Umlage, als allgemeine Umlage finanziert wird und für alle anderen Maßnahmen, zukünftig das</p>	

Territorialprinzip gelten soll. Jedes Verbandsmitglied ist dann somit auf seinem Verbandsgebiet für die entstehenden Kosten zuständig und muss diese tragen. Der Landkreis ist weiterhin gesetzt, $\frac{1}{3}$ der Kosten der allgemeinen Umlage zu tragen. Weiterhin, so verdeutlicht Herr Hermann, soll der Landkreis bei Einzelprojekten, ausgenommen die Unterhaltung, für das Regionalprinzip ebenfalls $\frac{1}{3}$ der Kosten beisteuern. Zukünftig soll für die 3 Gemeinden das gesamte Gemeindegebiet/die gesamte Gemarkung zugrunde gelegt werden. Das bedeutet, Sandersdorf-Brehna hat eine Fläche von 81,71 km², dies entspricht 26,7 % der Gesamtfläche. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen hat mit einer Grundfläche von 87,55 km² einen Anteil von 28,6 %. Bei der Gemeinde Muldestausee ergibt sich mit einer Ausdehnung der Fläche auf 136,8 km² ein Anteil von 44,7 %. Mit dieser Aufschlüsselung würde sich eine neue Verteilung ergeben, insbesondere für die allgemeine Umlage. Bei den Einzelprojekten würde das Belegenheitsprinzip greifen. Ein weiterer Punkt der angesprochen werden muss, ist die Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters der Verbandsversammlung. Hier soll sich die Amtszeit zukünftig auf lediglich eine Wahlperiode der Gemeinderäte beziehen.

Ein vordergründiges Thema ist das Radwegenetz. Dazu benennt er, dass der Fokus hier verstärkt auf die Unterhaltung des Radwegenetzes, der Rastanlagen und insbesondere der Beschilderung gelegt werden soll. Nach Freigabe des Oberbürgermeisters wird die geänderte Satzung zur Diskussion gestellt.

Im Anschluss an seine Ausführungen beantwortet er die Fragen der Anwesenden.

Herr Kay-Uwe Ziegler äußert, dass es ihm wichtig ist, dass für die einzelnen Mitgliedsgemeinden ein langfristiger touristischer Mehrwert entsteht. Weiterhin erkundigt er sich danach, wie es sich bei grenzüberschreitenden Projekten verhält. Dort sieht er die Gefahr, dass Vorhaben nicht umgesetzt werden können, wenn eine der beteiligten Gemeinden nicht finanziell dazu in der Lage ist.

Auf die Anfrage von **Herrn Klaus-Peter Krüger**, wie es sich mit den vom Zweckverband betriebenen Parkflächen verhält, antwortet **Herr Hermann**, dass in diesem Fall auch das Territorialprinzip greift. Die Parkflächen müssen von der Gemeinde, in diesem Fall der Gemeinde Muldestausee, unterhalten werden. Natürlich gehen dann auch die Einnahmen aus den Parkgebühren nur zu ihren Gunsten.

Herr Uwe Bruchmüller sieht die Gefahr eines immensen Verwaltungsaufwands, um Abrechnungen der verschiedenen Projekte vornehmen zu können, als auch den Jahresabschluss zu erstellen. Aus seiner Sicht muss vorab genau betrachtet werden, ob der Aufwand in einem angemessenen Verhältnis steht. Damit, wie er es ausdrückt, nicht etwas beschlossen wird, wo nicht absehbar ist, wie hoch das sich daraus ergebende Kostenrisiko darstellt. Er verweist darauf, dass Konzepte über mehrere Jahre mit komplizierten Abrechnungsmodalitäten laufen können.

Herr Ziegler erkundigt sich danach, ob es auch noch einen Plan B gibt, wonach wir, als Stadt Bitterfeld-Wolfen, die Dinge, welche auf unserem Gebiet passieren, auch in unserer eigenen Hand klären und regeln können.

Herr Hermann antwortet darauf, dass es aktuell vordergründig ist/war einen neuen Satzungsentwurf zu erstellen.

	<p>Auf das von Herrn Christian Hennicke angesprochene zukünftige Marketing, kann Herr Hermann informieren, dass geplant ist, die Vermarktung über die WelterbeRegion Anhalt-Dessau-Wittenberg als Gesamtregion weiterzuführen und natürlich auch im kleinen Rahmen über eine städtische/lokale Vermarktung selbst zu steuern. Als vordergründig sieht er die Entwicklung eines touristischen Leitsystems für das gesamte Verbandsgebiet. Eine Erweiterung des Verbandsgebietes über die bisherigen Verbandsvertreter hinaus, wurde derzeit noch nicht besprochen.</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Übersicht Arbeitsstand und Ausblick Klima- und Energiewendethemen im Bereich Stadtentwicklung und Energieeffizienz kommunaler Gebäude BE: Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel, Frau Marion Schilling (Geschäftsstellenleiterin Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Dessau-Wittenberg)</p> <p>Frau Marion Schilling, Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, stellt den Ausschussmitgliedern in ihrer Präsentation (Anlage 1) den aktuellen regionalen und kommunalen Sachstand im Bereich der erneuerbaren Energien und die damit verbundene Gesetzgebung vor. Zu Beginn verweist sie darauf, dass es zahlreiche Änderungen in den verschiedensten Gesetzen zu erneuerbaren Energien gegeben hat. Dabei geht sie besonders auf das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) ein. Sie benennt die Etappenziele, bis 2026 1,8 % und bis 2032 2,2 % der Landesfläche von Sachsen-Anhalt mit Windkraft auszustatten.</p> <p>Herr Ziegler hinterfragt, ob er richtig darüber informiert ist, dass sich der aktuelle Stand in Sachsen-Anhalt bei 1,1 % befindet. Dies kann Frau Schilling so bestätigen.</p> <p>Für Sachsen-Anhalt steht eine Suchraumfläche von etwa 36.000 ha zur Verfügung. Davon wurden zirka 3.500 ha ausgewiesen. In dieser Kulisse soll sich weitestgehend bewegt werden. Dabei spricht sie an, dass ein Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohngebieten von 1 km gewährleistet werden kann, jedoch ein Abstand von 5 km zwischen Windparks noch strittig ist. Auch die Waldöffnung, beispielsweise in kranken, zerstörten oder mit Borkenkäfer befallenen Gebieten wäre dies vorstellbar.</p> <p>Herr Ziegler fragt, ob es sich bei der Waldöffnung um Abholzung handelt. Das verneint Frau Schilling und stellt richtig, dass es eigentlich „Wind über Wald“ heißt. Allerdings sagt das Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt (LWaldG) bisher, dass keine Waldumwandlung für die Errichtung von Windkraftanlagen durchgeführt werden darf, ergänzt sie ihre Antwort.</p> <p>Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen spricht Frau Schilling das Dachflächenkataster an und macht deutlich, dass es dort ein erhebliches Potential gibt, auf das zurückgegriffen werden muss. Im Anschluss an ihre Erläuterungen beantwortet sie die Fragen der Anwesenden.</p> <p>Herr Ziegler spricht an, dass die Errichtung von Windparks zwar im letzten Jahr beschlossen wurde, dies gleichwohl keine Energiesicherheit herstellt, welche in der jetzigen Zeit notwendig wäre. Er gibt zu bedenken, dass es keine Speicheranlagen gibt, welche nur halbwegs in der Lage sind, einen</p>	

entsprechenden Bedarf vorzuhalten und es schwierig wird, wenn der Wind gerade nicht weht. Dieses Bild zeigt sich ihm häufig, wenn er Windparksanlagen sieht.

Herr Felix Drießen (Leiter SB Stadtplanung/GIS) ergreift das Wort und möchte mit seiner Berichterstattung den Sachstand der Verwaltung darlegen. Er äußert sich zum 2020 beschlossenen Energie- und Klimaschutzkonzept (Klimaschutzplan 2050), welches sich an den Zielen der Bundesregierung orientiert. Bis 2030 soll die Treibhausgasemission nunmehr um mindestens 65 % gesenkt werden und bis 2040 um 88 %. Ab 2045 soll eine weitestgehende Treibhausgasneutralität hergestellt sein, wie er angibt. In diesem Konzept geht es vordergründig um städtische und private Immobilien, die Verkehrssituation in Bitterfeld-Wolfen, welche Möglichkeiten der ÖPNV bietet, aber auch um die Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet. Zum heutigen Zeitpunkt kann er allerdings keine expliziten Aussagen dazu machen. Gleichwohl erwähnt er das zentrale Innovations- und Investitionsprogramm Sachsen-Anhalt STARK III, durch welches unter anderem die energetische Sanierung und Modernisierung von öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen finanziert wird.

Weiterhin wurde durch die Stadtverwaltung ein Auftrag an die Bäder- und Servicegesellschaft Bitterfeld-Wolfen mbH vergeben, sukzessive die Straßenbeleuchtung zu modernisieren. Er macht deutlich, dass durchaus die Möglichkeit besteht, in Bebauungsplänen von vornherein festzuschreiben, dass das Errichten von PV-Anlagen vorgegeben und gefordert ist. Hierzu bringt er die riesigen, mehrere Hektar großen Lagerhallen an der B 183 als Beispiel an und stellt die Frage, warum auf diesen keine PV-Anlage errichtet und somit Platz vergeudet wird. Im städtebaulichen Kontext ist deshalb die Operationalisierung des Klima- und Energiekonzeptes von entscheidender Wichtigkeit. Herr Drießen bietet an, da sich das Thema erst im Anfangsstadium befindet, in größeren Abständen erneut über den dann erreichten Sachstand im Ausschuss zu berichten.

Nachfolgend kann er mitteilen, dass ein Standortkonzept für PV-Freiflächenanlagen entwickelt werden soll. Dort gibt es bestimmte Gesetzmäßigkeiten, welche sehr etabliert sind. Für ihn ist es wichtig, Voraussetzungen zu schaffen, um die Dachflächen mit einbeziehen zu können.

Herr Stefan Hermann (Leiter Amt für Stadtentwicklung/Strukturwandel) möchte ergänzend darauf hinweisen, dass hier über zwei Zielrichtungen gesprochen wird. Der eine Punkt betrifft die energetische Verbesserung im kommunalen Bereich. Dort gibt es beispielsweise Stark III, die Straßenbeleuchtung, aber auch die Verkehrsinfrastruktur (E-Mobilität). Auf der anderen Seite der Betrachtung steht die stadtplanerische Komponente mit der Thematik, wo können an welchen Stellen erneuerbare Energien, definiert werden. Hier muss der Fokus auf die Dachflächen gelegt werden. Obwohl es im Stadtgebiet bereits einen großen prozentualen Bereich gibt, gilt es diesen zu erweitern, verdeutlicht Herr Hermann. In Bezug auf die Windkraft sagt er, dass wenn es bei den Vorgaben bleiben kann, die Stadt Bitterfeld-Wolfen mit ihren 3 Standorten nicht mehr in der zukünftigen Planung ist. Prophylaktisch, so schlägt er vor, müsste in den kommenden Monaten untersucht werden, falls andere Komponenten eine Rolle spielen, welche Standorte im Gemarkungsgebiet noch in Frage kämen, um das Ziel erreichen zu können.

Die Ausschussvorsitzende möchte wissen, inwieweit schon eine

Zusammenarbeit mit dem Landkreis und der Planungsgemeinschaft Anhalt-Dessau-Wittenberg erfolgt.

Herr Drießen entgegnet, dass es in der Zusammenarbeit sicher noch Luft nach oben gibt. Er sieht es als besonders wichtig, von Seiten der Stadt selbstbewusst Ziele zu formulieren.

Herr Hermann fügt hinzu, dass es den Arbeitskreis mit den Mittelzentren und den Landkreisen gibt. Hier besteht eine Verknüpfung, wo solche Arbeitsprozesse, wie beispielsweise die Neuaufstellung des sachlichen Teilplans Wind, begleitet werden.

In diesem Zusammenhang betont er, dass ganz konkrete Vorgaben im Rahmen der Bauordnung (beispielsweise das Dachflächen von Industriegebäuden bzw. -anlagen so ausgestattet sein müssen, dass eine Tragfähigkeit für Photovoltaikanlagen gegeben ist) von Seiten des Landes und Bundes von großer Bedeutung sind.

Herr Bruchmüller erinnert daran, dass neben den Wind- und Solaranlagen auch Elektrolyseure und Speicher benötigt werden und der dafür benötigte Platz eingeplant werden muss.

Herr Bruchmüller verlässt um 19:31 Uhr die Sitzung, somit sind noch 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Hennicke möchte wissen, ob es konkrete Pläne für kommunale Einrichtungen/Gebäude, aber auch kommunale Unternehmen in Bezug auf die Errichtung von PV-Anlagen gibt. Hier könnte er sich Mietstromobjekte unter Einbeziehung der Anwohner vorstellen. Weiterhin fragt er, ob es mit der Stadt Bitterfeld-Wolfen, gerade beim Thema Energiegewinnung/-versorgung, Kooperationsprojekte gibt.

Herr Hermann äußert, dass es ein Projekt der Zusammenarbeit gibt. Hier nennt er die Fernwärmeversorgung vom OT Stadt Bitterfeld, welche durch die Firma Danpower GmbH im Verbund mit PD energy GmbH (TRP-Anlage) sichergestellt wird.

In Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH wird geschaut, welche kommunalen Dachflächen für Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden können. Für ihn wünschenswert und wie er sagt, wird dieser Sachverhalt bereits in der Verwaltung diskutiert, wäre, dass der Weg zu einem zentralen Immobilienmanagement gesucht wird.

Auf die Anfrage von **Herrn Baldamus** zu Windkraftanlagen in Gewerbestandorten, kann **Frau Schilling** informieren, dass bereits Nebenanlagen zu Betrieben errichtet werden konnten. Diese werden jedoch nur zum Eigenverbrauch verwendet und nicht ins Netz eingespeist. Da diese Variante nicht sehr lukrativ ist, sollte an den Gewerbestandorten ein Windpark entstehen, was wiederum nach Baunutzungsverordnung (BauNVO) und nach dem Ausweisen von Vorrangengebieten nicht möglich.

Herr Krüger schlägt vor, sich mit kommunalen Betrieben und Wohnungsgesellschaften im Wirtschafts- und Umweltausschuss auszutauschen.

<p>zu 6</p>	<p>Berichterstattung Sachstand Strukturwandelprojekte und weitere geplante Einreichungen BE: Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel</p> <p>Herr Stefan Hermann (Leiter Amt für Stadtentwicklung/Strukturwandel) gibt eine kurze Übersicht zum Stand der aktuell laufenden Projekte.</p> <p>Zur Umnutzung des Woliday Familien- und Freizeitbades in ein Vital- und Gesundheitszentrum an der Fuhne kann er sagen, dass die Förderfähigkeit bereits bescheinigt wurde. Er gibt den Anwesenden einen Überblick zum Ablauf und benennt Eckdaten. Beispielsweise äußert er, dass momentan die Planungsstufen 1 bis 3 laufen und dass der Bewilligungsbescheid Anfang 2023 vorliegen kann. Die Gesamtinvestition, von derzeit geschätzten Kosten von 10,6 Mio. Euro, soll bis 2026 erfolgen.</p> <p>Beim Projekt „Schnittstelle Bahnhof Bitterfeld“, soll der Neubau des Empfangsgebäudes mit einer 90-prozentigen Förderung realisiert werden. Am 23.12.2021 erhielt die Stadt den Fördermittelbescheid für die von 2022 bis 2025 geplante Umsetzung. Auch hier laufen aktuell die Leistungsphasen 1 bis 3. Als derzeitige Gesamtkosten nennt er einen geschätzten Betrag von 6,94 Mio. Euro (nur für den kommunalen Teil) und die des Empfangsgebäudes der Bahn von 10 Mio. Euro. Insgesamt beläuft sich der Investitionsumfang demnach auf zunächst „grob geschätzte“ 16 bis 17 Mio. Euro.</p> <p>Als Nachrücker aus der Prioritätenliste des Landkreises wurde der Antrag „Radweg Zscherndorf- Bitterfeld“ gesetzt. Je nach Vorlage des Fördermittelbescheides soll die geplante Umsetzung von 2022 bis 2023 erfolgen. Die Gesamtkosten sind hier mit 560.000,00 € beziffert.</p> <p>Eine indirekte Beteiligung erfolgt bei der Erneuerung des Muldewehrs, da dieses Projekt die städtische Gemarkung betrifft, jedoch die Förderung über die Gemeinde Muldestausee erfolgt. Derzeit ist eine Umsetzung mit einem Budget von augenblicklich angenommenen 3,6 Mio. Euro für 2024 bis 2025 vorgesehen.</p> <p>Ein weiteres Nachrückerprojekt, welches sich noch in der Vorbereitung/Prüfung befindet, ist das touristische Parkhaus (Parkhaus inklusive erforderlicher Anbindung an die B 100, die Knotenausgestaltung und einer Fußgängerbrücke, direkt aus dem Parkhaus in Richtung Goitzsche) im Ortsteil Stadt Bitterfeld, an der B 100 (geschätzte Investition von 9,9 Mio. Euro). Erst nach einem erfolglosen Markterkundungsverfahren, also dass es keinen privaten Investor gibt, kann von kommunaler Seite ein solches Parkhaus errichtet werden. Ein aktueller Sachstand von der STEG liegt noch nicht vor.</p> <p>Unerwähnt möchte er nicht lassen, dass es noch ein weiteres Vorhaben, die Erneuerung des Bildungszentrums Wolfen-Bitterfeld e. V. an 3 Standorten, im Bereich der Stadt Bitterfeld-Wolfen gibt, welches nach Herrn Hermanns Kenntnisstand noch in der Ebene der Projektskizze verweilt. Hierfür gibt es einen sehr interessanten Ansatz für eine neue Bildungs-/Ausbildungslandschaft. Das Projekt ist mit einem Etat von 75 Mio. Euro dotiert.</p> <p>Weiterhin aktuell ist das Thema „Wasser in der Stadt Bitterfeld-Wolfen“. Ein vordergründiges Projekt, aus dem bereits erfolgten Beschluss „Wasserstadt Bitterfeld-Wolfen 2050“, soll in einem langwierigen Prozess die Erarbeitung eines Gewässerbewirtschaftungskonzeptes darstellen, um dadurch ableiten zu können, welche Rolle das Thema Wasser in der Stadt unter stadtklimatischen, touristischen und Freiraum-Bedingungen einnehmen kann. Es wurde sich darauf verständigt, sagt Herr Hermann, dass es in zwei</p>	
-------------	---	--

	<p>Ebenen (wasserwirtschaftliche Betrachtung und städtebauliche Komponente) erarbeitet werden soll. Die MDSE hat sich bereiterklärt, einen Entwurf der Aufgabenstellung zu erarbeiten. Im 2. Halbjahr, so hofft Herr Hermann, kann dann die Aufgabenstellung finalisiert werden, um dann in der Lage zu sein, gegebenenfalls über das Begleitprogramm STARK einen Förderantrag zu bekommen.</p> <p>Frau Griebisch erkundigt sich, ob der Arbeitskreis weitergeführt wird.</p> <p>Herr Hermann ist sehr daran interessiert, diesen weiter aufrechtzuerhalten und verweist wegen einer derzeitigen Stellenausschreibung (Strukturwandel/-förderung) auf August/September.</p> <p>Herr Hennicke interessiert sich dafür, ob es weitere Phasen geben wird, wo neue Budgets zur Verfügung stehen werden.</p> <p>Wie Herr Hermann, nach seinem derzeitige Kenntnisstand mitteilen kann, läuft die erste Projektphase bis 2026. Danach soll sich eine Projektphase bis 2032/2033 anschließen und ein dritter Förderaufruf bis 2038.</p>	
<p>zu 7</p>	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p> <p>Herr Ziegler möchte protokollwirksam folgende Bitte äußern bzw. eine Mitteilung machen. Wie bereits in mehreren Gesprächen vorgebracht, so erklärt er, soll die Sonntagsöffnung für bestimmte Festivitäten gewährleistet werden. Wie er sagt, wurden ihm bereits mehrfach Zusagen gemacht, dass über diese Bitte nachgedacht wird. Dabei benennt er speziell die Termine Weihnachtsmarkt, Kunst- und Kulturwoche und Stadtfest, an denen die Sonntagsöffnung sichergestellt und die dafür notwendigen Fristen eingehalten werden sollen.</p> <p>Herr Claus (Ortsbürgermeister OT Greppin) gibt bekannt, dass an verschiedenen Stellen im Ortsteil Greppin momentan Erkundungsbohrungen getätigt werden. Wobei er jedoch anmerkt, dass ihm der genaue Grund nicht bekannt ist. Für ihn wäre es wünschenswert, die Verantwortlichen der Maßnahme im Nachgang einzuladen und Bericht erstatten zu lassen, warum diese Maßnahmen durchgeführt wurden und was im Ergebnis dabei rausgekommen ist.</p> <p>Herr Ziegler erinnert an eine bereits gestellte und noch nicht erfüllte Bitte an den Oberbürgermeister, die sich darauf bezieht, als Fraktion Einsicht in die Abrechnung des diesjährigen Hafenfestes nehmen zu können.</p> <p><i>Abrechnung Familien und Vereinsfest OT Wolfen und Hafenfest OT BTF</i> <i>Der SB Haushalt hat sich umgehend mit dem verantwortlichen Sachbereich in Verbindung gesetzt. Es wurde bestätigt, dass bei beiden Veranstaltungen noch Rechnungen ausstehen. Daher ist zum jetzigen Zeitpunkt eine komplette Abrechnung bei beiden noch nicht möglich. Sobald hier der Eingang aller Rechnungen und die ordnungsgemäße Verbuchung erfolgt sind, werden beide Übersichten zeitnah den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses zur Verfügung gestellt.</i></p> <p>Frau Griebisch äußert an den anwesenden Herrn Drießen die Bitte, Vorträge in Form von Power-Point-Präsentationen zu halten. Gerade zum Veranschaulichen, aber auch bei bildlichen Darstellungen jeglicher Art und</p>	

	zum/zur besseren Verständnis/ Nachvollziehbarkeit ist diese Art des Vortrages bestens geeignet.	
zu 8	Schließung des öffentlichen Teils Die Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:05 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.	

gez.
Sabine Griebisch
Ausschussvorsitzende

gez.
Kerstin Weber
Protokollantin